

Pressemitteilung

31. Juli 2023

Aktuelle Zahlen zeigen: Weniger Sozialwohnungen in Niedersachsen

SoVD kritisiert: Mieten dürfen kein Armutsrisiko sein

Hannover. Wohnen wird für Menschen mit geringem Einkommen immer unbezahlbarer. Doch anstatt den Bau von Sozialwohnungen in Niedersachsen voranzutreiben, ist die Zahl im vergangenen Jahr sogar gesunken. Das geht aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Bundestagsfraktion der Linken hervor. Angesichts dieser Ergebnisse fordert der Sozialverband Deutschland (SoVD) in Niedersachsen die Landesregierung auf, ihre Anstrengungen beim sozialen Wohnungsbau zu verstärken, damit die Mieten nicht zu einem Armutsrisiko werden.

Die Mieten in Niedersachsen steigen immer weiter. Gerade für Menschen mit wenig Geld wird das zu einem enormen Problem. „Viele unserer Mitglieder mit geringem und teilweise auch mittlerem Einkommen kommen zu uns, weil sie sich die steigenden Mieten nicht mehr leisten können und keinen bezahlbaren Wohnraum mehr finden“, berichtet Bernhard Sackarendt, Landesvorsitzender des SoVD in Niedersachsen. Im Gegensatz zu anderen Bundesländern wie Bayern oder Baden-Württemberg hat die Zahl der Sozialwohnungen in Niedersachsen um fast 2.600 abgenommen und liegt mittlerweile nur noch bei 52.601.

„Das muss sich ändern. Wohnen darf bei uns in Niedersachsen kein Luxus sein“, betont Sackarendt. In den vergangenen Jahren sei im Bereich der Sozialwohnungen viel versäumt worden. „Das muss jetzt dringend aufgeholt werden. Die Gründung einer Landeswohnungsbaugesellschaft ab 2024 ist zwar sinnvoll, reicht aber bei weitem nicht aus“, ist sich der niedersächsische SoVD-Chef sicher. Insgesamt müsse der Ausbau der Sozialwohnungen vorangetrieben und die Sozialbindung verlängert werden. Auch das Thema der Fehlbelegungen müsse angegangen werden. „Bei Sozialwohnungen wird nur am Anfang überprüft, ob eine Berechtigung vorliegt. Das führt dazu, dass manche Mieter*innen jahrelang in einer Sozialwohnung leben, obwohl sie mittlerweile ein höheres Einkommen und damit möglicherweise gar keinen Anspruch mehr haben“, so der Landesvorsitzende. Das sei angesichts der angespannten Situation nicht hinnehmbar und müsse geändert werden.